

Landesregierung startete Initiative gegen Reform der Betriebsverfassung

## „Arbeitnehmerfeindliche Politik“

Mit ihrer Bundesratsinitiative gegen die Reform der Betriebsverfassung „macht sich die CDU/FDP-Landesregierung zum Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeber“, sagte Rainer Bliesener, DGB-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg: Und das sogar demonstrativ vor der Landtagwahl am 25. März.

Die Landesregierung hält die Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz für eine „kosten-trächtige und wettbewerbs-schädliche Ausdehnung der Miwirkungs- und Mitbestimmungsrechte“. Von einer Absenkung der Schwellenwerte für die Größe der Betriebsräte solle ebenfalls Abstand genommen werden.

Der DGB-Landeschef hält diesen Beschluss für einen erneuten Beweis arbeitnehmerfeindlicher Politik der Landesregierung. Ministerpräsident Erwin Teufel verweigerte sich dem Gespräch. Der DGB hatte ihn zwei Mal eingeladen, zum Beispiel zur Konferenz in Sindelfingen Anfang Februar. Teufel habe die Einladungen aus „Termingründen“ ausgeschlagen. „Bei den Arbeit-



Foto: dgb

gebern findet er genug Zeit, um gegen die Reform der Betriebsverfassung vom Leder zu ziehen“, sagte Bliesener: Wer wie die Landesregierung den Beschäftigten moderne Formen der betrieblichen Mitbestimmung

verweigere, der müsse mit scharfem Gegenwind rechnen. ◀

Über 1000 Betriebsräte und Vertrauensleute bei der Sindelfinger DGB-Konferenz zur Betriebsverfassung – „Sindelfinger Appell“ siehe Seite 20

### Landtagwahl 25. März: Wählen gehen! Wahlprüfsteine des DGB

„Wir mischen uns ein“ – unter diesem Motto rufen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zur Teilnahme an der baden-württembergischen Landtagswahl am 25. März auf.

Der DGB will eine neue und bessere Politik für das Land und sieht die Chance für einen Wechsel. Die folgenden Wahlprüfsteine hat der DGB aufgestellt:

Eine neue Politik sollte

- Beschäftigung in den Regionen schaffen,
- junge Leute fördern,
- öffentliche Investitionen nur an tariffreie Betriebe vergeben,
- umdenken in Umwelt- und Verkehrspolitik,

- mehr Ganztagsangebote für Kinder schaffen,
  - ein Sofortprogramm für mehr Lehrer an Berufsschulen auflegen,
  - mehr Chancengleichheit für Frauen in der Arbeitswelt schaffen,
  - mehr Demokratie, also Bürgerscheide und Volksbegehren wagen,
  - Weiterbildung für alle und bessere Bildung für Kinder bieten,
  - sich für eine moderne Betriebsverfassung einsetzen.
- Infos beim DGB, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, [www.dgb-bw.de](http://www.dgb-bw.de). ◀

Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Funktionärskonferenz der IG Metall in Mannheim: Zeit für einen Politikwechsel im Land



Foto: roos

## Textil/Bekleidung: Seit Januar Altersteilzeit und Azubi-Übernahme Tarifabschluss wird wirksam



Der Tarifabschluss bei Textil und Bekleidung vom September 2000 wirkt sich in diesem Jahr so richtig aus: Seit Januar 2001 gilt der Rechtsanspruch auf

Altersteilzeit. Ebenfalls seit Januar gilt, dass Azubis mindestens für zwölf Monate in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden müssen.

## Auszüge aus dem „Sindelfinger Appell“ zur Betriebsverfassung Aufforderung zu einer wirklichen Reform

Etwa 1000 Vertrauensleute und Betriebsräte verabschiedeten am 9. Februar 2001 einstimmig den so genannten „Sindelfinger Appell“. Darin begrüßen sie das Reformvorhaben für eine moderne Betriebsverfassung, fordern aber auch Verbesserungen am Entwurf von Bundesarbeitsminister Walter Riester. Auszüge daraus:

„Wir begrüßen die Schaffung moderner Betriebsratsstrukturen, die der Erosion der betrieblichen Mitbestimmung entgegen wirkt. Wir begrüßen, dass die Bildung von Betriebsräten erleichtert wird. Allerdings sollte die Grenze für das erleichterte Wahlverfahren nicht bei 50, sondern bei 100 ArbeitnehmerInnen liegen.

Wir begrüßen die Einbeziehung neuer Beschäftigungsfor-

men. Wir begrüßen die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrates, insbesondere durch die Möglichkeit, mehr Betriebsratsmitglieder zu wählen, sowie Freistellungen und Teilfreistellungen bereits ab

**„Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte müssen weiter gestärkt werden.“**

200 Beschäftigten zu ermöglichen.

Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte müssen weiter gestärkt werden. Wir erwarten ein Mitbestimmungsrecht bei der Qualifizierung und der Gruppenarbeit und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Wir erwarten ein generelles Mit-

bestimmungsrecht bei befristeten Einstellungen. Wir erwarten ein Mitbestimmungsrecht bei der Beseitigung von Benachteiligungen von Frauen. Wir erwarten eine deutliche Stärkung der Arbeitsfähigkeit und der Rechte der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den Parteien eine wirkliche Reform, die nicht hinter die Positionen des Entwurfes des Bundesarbeitsministeriums zurück fällt. Wir fordern die Landesregierung auf, die von ihr in den Bundesrat eingebrachte Entschließung zurückzuziehen und sich den Entwurf des Bundesarbeitsministeriums zu eigen zu machen.“

Den „Appell“ im Wortlaut gibt's im Internet unter <http://www.dgb-bw.de> (Presse). ◀

## Meldungen

### ► Berufsschullehrer schlagen Alarm:

Die Verbände der Berufsschullehrer (BLV) befürchten einen eklatanten Lehrermangel an den Berufsschulen Baden-Württembergs, wenn nicht bald gegengesteuert werde. Bis zum Jahr 2010 werden nach Rechnung der BLV rund 17 000 Lehrer in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig steige bis 2008 die Zahl der Schüler um rund 40 000 auf etwa 385 000 an. Allein um die zusätzlichen Schülererzahlen aufzufangen, wäre nach Ansicht der Berufsschullehrerverbände die Einstellung von jährlich 220 neuen Lehrern notwendig. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren immer weniger Studierende ein Fachstudium zum Berufsschullehrer oder zur Berufsschullehrerin begonnen haben. Viele von den Studenten wollen zudem lieber in die Wirtschaft gehen, weil sie dort mehr verdienen können. Kein Wunder: Eine Referendarin oder ein Referendar bekommt nicht mal 1900 Mark brutto im Monat, wenn sie oder er unverheiratet ist. Die BLV haben deshalb die Landesregierung aufgefordert, die 1999 vorgenommene Kürzung der Referendarsbezüge zurückzunehmen. ◀

### ► Ferien in der Schweiz:

Die Schweizer Gewerkschaft SMUV – Partnergewerkschaft der IG Metall – bietet über ihren Reisedienst "SMUV Ferien" günstige Urlaubsangebote in der Schweiz an. Beispielsweise Aktivferien in der Bodenseeregion oder Ferienanlagen zu Feiertagspauschalen etwa über Ostern. Speziell für IG Metall-Mitglieder wurden Entdeckungsreisen in der Schweiz per Auto über sechs oder neun Tage zusammengestellt. Weitere Auskünfte gibt's bei SMUV Ferien, Weltpoststr. 20, CH-3000 Bern 15, Telefon 0041/350 22 67, Fax 0041/31 22 22, E-Mail [ferien@smuv.ch](mailto:ferien@smuv.ch); Internet <http://smuvferien.ch>. ◀

Im Jahr 2000 mehr als 10 000 jugendliche Mitglieder aufgenommen

## Deutlich mehr junge Leute in der IG Metall

Die IG Metall in Baden-Württemberg hat im Jahr 2000 die Zahl ihrer jugendlichen Mitglieder deutlich steigern können. Über 43 000 junge Menschen bis 25 Jahre waren zum Jahreswechsel Mitglied der IG Metall.

Im Jahr 2000 wurden mehr als 10 000 jugendliche Mitglieder neu aufgenommen. Rund 5200 davon sind Auszubildende. Insgesamt verzeichnet die IG Metall derzeit mehr als 17 000 Azubis als Mitglieder. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die IG Metall deutlich mehr Jugendliche aufgenommen. Die Mitgliederzahl erreicht inzwischen wieder den Stand von 1994, als der große Ausbildungsstellenabbau gerade begonnen hatte. ◀



IG Metall tut was für Azubis – deutliche Steigerung der Mitgliedszahlen: Das Archivbild zeigt eine Lerninsel bei Daimler-Chrysler Gaggenau

„Frau hat das verdient“  
**Bunte Aktionen zum Frauentag am 8. März**  
Im ganzen Ländle Baden-Württemberg gibt's am 8. März vielfältige und bunte Aktionen zum internationalen Frauentag. Das Motto lautet: „Frau hat das verdient – Arbeit gleich bewerten, Zeit gerecht verteilen“. Die

Einladung: Jugendtag der IG Metall am 10. März in Ludwigsburg. Infos und Karten bei den Verwaltungsstellen!



betrieblichen Aktionen sind zum Beispiel Frauenversammlungen, Info-Veranstaltungen in Kantinen, Betriebsversammlungen, Besuchen von Frauen am Arbeitsplatz und auch Aktionen vor den Toren der Betriebe. Dort verteilen die Metallerrinnen Flugblätter, Kugelschreiber, lila Schokotaler oder auch ebenfalls lilafarbene Brillenputztücher – Motto: „Frau blickt durch.“

Nach der Neuregelung des Teilzeit- und des Bundeserziehungsgeldgesetzes werden sich die Informationen der Frauen mit diesen beiden Themen beschäftigen.

Weiter finden um den 8. März herum in fast allen Verwaltungsstellen der IG Metall Kulturveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder Gespräche mit Bundestagsabgeordneten statt, wie in Pforzheim etwa mit Ute Kumpf, bis zur Wahl 1998 Bezirkssekretärin der IG Metall. Der Schwerpunkt im Jahr 2001 liegt aber – so zeigte die Vorschau im Bezirks-Frauenausschuss – in Aktionen in vielen, vielen Betrie-

ben der Metallindustrie, aber auch in den Textilbranchen.

Im Zusammenhang mit der Kampagne „gute arbeit“ und der Tarifrunde 2001 sind den Frauen Fragen der Qualifizierung und der Leistungsbedingungen besonders auch für die Angestellten ein wichtiger Punkt. In Sachen Entgelttarifvertrag geht es eben auch um zukünftige Entlohnungsbedingungen von Frauenarbeit.

Der Einsatz für die Rechte der Frauen bleibt leider auf der Tagesordnung. Eine Allensbacher Studie vom letzten Jahr hat deutlich gezeigt, dass nach wie vor eine Benachteiligung der Frauen bei den Verdiensten besteht. 96 Prozent der befragten Frauen waren der Auffassung, dass es in Deutschland bei der Gleichheit der Verdienste besonders schlecht bestellt ist. Die Erfahrungen zeigen, dass die Frauen dort besser entlohnt wurden, wo sich Betriebsrätinnen und Betriebsräte gezielt für die richtige Eingruppierung von Frauen eingesetzt haben. ◀

### Gesundheit

#### ► Fachtagungen Arbeit und Gesundheitsschutz:

Das Büro für Arbeitsschutz und Betriebsökologie unter Leitung von Dr. Max Geray organisiert 2001 wieder vier Fachtagungen zu aktuellen Themen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Geray wirkte in vielen Aktionen der Reihe "Tatort Betrieb" in Baden-Württemberg mit. Das erste Thema ist "Gefährdungsbeurteilung in Produktion und Büro" – Termin 23. bis 27. April. Die zweite Tagung vom 18. bis 22. Juni widmet sich der Gesundheitsförderung und dem Arbeitsschutzmanagement. Die weiteren Tagungen im September und Oktober stehen unter den Themen "Psychische Belastungen" und "Gesundheitsgerechte Arbeitsplatzgestaltung". Nähere Auskünfte gibt das Büro für Arbeitsschutz und Betriebsökologie, Am Felde 2, 22765 Hamburg, Telefon 040/3 90 51, Fax 3 90 75 87; E-Mail max.geray@buero-fuer-arbeitsschutz.de; <http://www.buero-fuer-arbeitsschutz.de>. ◀